

„Reform der Radinfrastruktur nicht verzögern“



Die Friedhofstraße in Kehl ist eine ausgewiesene Fahrradstraße. ©Stadt Kehl

Stellungnahme des ADFC Kehl zur Pressemitteilung der CDU/FDP-Fraktion zur Radverkehrsreform in Kehl.

Die Stadt Kehl gab im Juni 2022 bekannt, dass sie einen Plan zur Umstrukturierung des Kehler Radwegenetzes durch die Umwandlung von fünf Straßen in Fahrradstraßen erstellt hat. Der ADFC Kehl schlug am 13. Juli vor, diesen Plan mit allen politischen Fraktionen zu diskutieren und hat sie einzeln angeschrieben, gibt der ADFC Kehl nun in einer Pressemitteilung bekannt. „Von der CDU und FDP erhielten wir keine Antwort.“

In der Pressemitteilung der Stadt vom 13. Oktober wurde dieses Vorhaben noch einmal beschrieben, als Auftakt für die Stadtratssitzung am 19. Oktober. Am 15. Oktober haben CDU und FDP eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie die

Verallgemeinerung von Tempo 30-Zonen anstelle von Fahrradstraßen fordern“, so der Verkehrsclub. Der ADFC-Kehl möchte zu den Argumenten des „unerwarteten und äußerst spät kommenden Gegenvorschlags der CDU-FDP (kursiv) direkt Stellung nehmen“.

1) Die Notwendigkeit der Neubewertung des gesamten Verkehrsnetzes in Kehl, da sich Änderungen ergeben haben (Pfarrgasse, Oberländerstr.).

„Die CDU/FDP verweist auf die starke Autonutzung in diesen Straßen nach der Einführung des Tram-/Bussystems. Dies hat keinen direkten Einfluss auf den Vorschlag der Stadt bezüglich der Fahrradstraßen.“

2) Die Kombination einer Tempo-30-Zone mit den Änderungen der STvO im April 2020 (z.B. 1,5 m Abstand beim Überholen eines Radfahrers durch ein Auto) bedeutet, dass das Konzept der Fahrradstraße obsolet ist. Autos auf einer Fahrradstraße machen das Konzept unbrauchbar.

„Alle Verkehrsexperten beharren auf der Notwendigkeit von Fahrradstraßen, um die Zahl der Fahrradfahrer zu erhöhen, da sie ein Gefühl der Sicherheit vermitteln. Das Polizeipräsidium Offenburg unterstützt das Konzept der Fahrradstraße als wichtig, insbesondere für Schulkinder auf dem Weg zur Schule. Die Fahrradstraße gleicht die Kräfteverhältnisse zwischen Autos und Fahrrädern aus, um Konflikte zu verringern. Sie führt kein Nischendasein, sondern wird in ganz Deutschland umgesetzt.“

3) Eine Tempo-30 Regelung wird die gleiche Wirkung auf den Fahrradverkehr haben wie eine Regelung für die Fahrradstraße.

„Dieser fehlerhaften Gleichung widersprechen wir aus folgenden Gründen entschieden:

a) Dieses Argument wurde bereits entkräftet, als die Umwandlung der Friedhofstr. innerhalb einer Tempo-30-Zone in eine Fahrradstraße vorgestellt und 2020 beschlossen wurde, was zu einem erheblichen Anstieg der Fahrradfahrerzahlen führte. Wir sollten nicht in der Vergangenheit stecken bleiben.

b) Eine Tempo-30 Zone beinhaltet automatisch Rechts-vor-Links und ermöglicht keine Vorfahrtstraße, wobei für die vorgeschlagenen Straßen keine Ausnahmen möglich sind, da der ÖPNV nicht auf ihnen fährt.

c) Ein Radfahrer fühlt sich auf einer Straße mit Vorfahrt nicht nur sicherer, sondern ist es auch. Rechts-vor-Links verlangsamen zwar den Verkehr, erhöhen aber das Unfallrisiko, weil man schnell entscheiden muss und an Kreuzungen häufig im toten Winkel fährt.

d) Glauben CDU und FDP wirklich, dass mehr Menschen vom Auto auf das Fahrrad umsteigen, wenn sie aufgrund von Recht-vor-Links zusätzliche Energie zum Bremsen und Beschleunigen aufwenden müssen? Tägliches Radfahren bei jedem Wetter, mit Kindern/Einkäufen, ist harte Arbeit!"

Der ADFC Kehl ergänzt:

1) Es sei überraschend, dass CDU und FDP, die in der Vergangenheit eher weiterhin die Autonutzung der Einführung sanfterer Mobilitätslösungen vorzogen, nun vorschlagen, die Flüssigkeit des Auto- und Fahrradverkehrs zu verringern, indem sie die Vorfahrt für alle Benutzer auf drei dieser Straßen aufheben, von denen wichtige Bestandteile des Straßennetzes der Stadt sind. Eine Stadt müsse bestimmte Straßen als Durchgangsstraßen nutzen können.

2) Die Aufhebung des Vorrangs von Vorfahrt auf Rechts-vor-Links führe zu höheren Energiekosten/Verschmutzung durch wiederholtes

Abbremsen/Beschleunigen der Autos. Kurzfristig komme dies einer versteckten Energiesteuer gleich, langfristig einer versteckten Umweltzeitbombe.

3) CDU und FDP erwähnten mit keinem Wort den Radschnellweg (RSW) Straßburg-Offenburg. Zur Erinnerung: dieser RSW wurde von der Landesregierung beschlossen und werde von ihr größtenteils finanziert. Sie befindet sich bereits in der Bauplanungsphase. Es ist undenkbar, den RSW über Straßen mit Rechts-vor-Links zu führen, wie es CDU und FDP vorschlagen, ergänzt der ADFC.

Zusammenfassung

Die Anwendung von Tempo 30-Zonen auf die vorgeschlagenen Straßen in Kehl werde laut ADFC nicht auf die kommenden Herausforderungen vorbereiten. Angesichts der Energie- und Klimakrise müsse die Stadt ihre Verkehrsinfrastruktur schnell anpassen, damit die Menschen trotz steigender Energiepreise und stagnierender Löhne mobil bleiben können.

Der Versuch, wenige Tage vor der Stadtratssitzung und -abstimmung einen logisch erscheinenden Alternativplan vorzuschlagen, nachdem das monatealte Gesprächsangebot des ADFC-Kehl zur sorgfältigen Prüfung des städtischen Radverkehrsplans von der CDU/FDP ausgeschlagen wurde, sei schlicht unseriös, so der ADFC.

„Wir fordern die Fraktion auf, unsere Gegenargumente an ihren Vorschlägen sorgfältig zu prüfen und die Umsetzung der Radinfrastrukturreform nicht zu verzögern. Bei der Bewältigung der Energie- und Klimakrise ist keine Zeit mehr zu verlieren. Der ADFC-Kehl ist davon überzeugt, dass in dem von der Stadt vorgeschlagenen Fahrradstraßenkonzept ein ausgezeichnetes

Kompromiss zwischen dem noch notwendigen motorisierten Individualverkehr und den steigenden Zahlen Rad fahrender Menschen liegt.“